

Niederschrift

der 8. Sitzung des Wirtschafts-, Landwirtschafts- und Umweltausschusses am Montag, den 26. Juli 2021, 14.30 Uhr, im Saal des Landratsamtes Neumarkt i.d.OPf.

Anwesende:

1. Vorsitzender:
Landrat Willibald Gailler
2. die Stellvertreter des Landrats:
Bauer Josef
Müller Günter
3. die Stellvertreter des Landrats:
Hierl Susanne
Dr. Schlusche Roland
4. die Kreisräte:
Deß Albert
Gmelch Marco
Gradl Erwin
Graml Gerhard
Gruber Michael
Haas Stefan
Hollweck Siglinde
Dr. Hundsdorfer Martin
Klappenberger Arno
Lang Ludwig
Lippmann Dirk
Meier Eduard
Weidinger Regina
5. entschuldigt fehlt die Kreisrätin:
Klein Stilla
6. die Juristen:
Dünzkofer Björn
Winkler Maximilian
7. die Kreisbediensteten:
Beck Georg
Endres Michael
Gottschalk Michael
Hadwiger Roland
Hollweck Richard
Mederer Markus
Ried Hans
Schmauser Johann
Schreiner Jürgen
Theil Gabriele
8. Vertreter der Presse
9. Schriftführerin:
Stark Rosa

Tagessordnung

A) Öffentlicher Teil

1. Anerkennung der Niederschrift der 7. Sitzung
2. ÖPNV;
Beschlussfassung über die Änderung des Harmonisierungs-/Ausschreibungszeitpunktes beim Linienbündel 1, Neumarkt-West und Direktvergabe von ÖPNV-Zuschüssen
3. EDV; Beschlussfassung über den Kauf von Screen Mirroring Geräten für die Schulen des Landkreises
4. Kreisstraße NM 32 – Beschlussfassung über die Änderung des Straßenausbaues in der Ortsdurchfahrt in Darshofen
5. Bau eines Geh- und Radweges entlang der Kreisstraße NM 23 zwischen Dietfurt a.d. Altmühl und Hallenhausen;
Beschlussfassung über die finanzielle Vorausleistung für den künftigen Unterhalt des Geh- und Radweges
6. Abfallwirtschaft, Kommunaler Umweltschutz;
Beschlussfassung über die Neuvergabe der Problemmüllsammlung zum 01.01.2022
7. Abfallwirtschaft, Kommunaler Umweltschutz;
Beschlussfassung über die Neuvergabe der Häckselarbeiten für Gartenabfälle auf den Wertstoffhöfen Berching, Dietfurt, Sulzkirchen, Postbauer-Heng und Pyrbaum zum 01.01.2022
8. Abfallwirtschaft, Kommunaler Umweltschutz;
Beschlussfassung über die Neuvergabe der Eigenvermarktung der Elektrogeräte für die Gerätegruppen 4 und 5 ab 01.05.2022
9. Information über das Deponiekonzept Pollanten;
Beschlussfassung über die Vergabe des Planungsauftrages
10. Vorberatung der Beschlussfassung über die Änderung der Gebührensatzung für die öffentliche Abfallbeseitigung; Erhöhung der Hausmüllgebühren ab 01.01.2022
11. Information über das Modellprojekt zur Sammlung und Nutzung von gebrauchten Speisefetten und -ölen in Privathaushalten in den Städten Freystadt und Berching
12. Schulbaumaßnahme Gymnasium Parsberg; Vergabe von Bauaufträgen;
 - a) Beschlussfassung über die Vergabe der Arbeiten für die Dachabdichtung BA 1
 - b) Beschlussfassung über die Vergabe der Trockenbauarbeiten BA 1
 - c) Beschlussfassung über die Vergabe der Dämmarbeiten
 - d) Beschlussfassung über die Vergabe der Arbeiten MSR (Mess- und Regeltechnik)
13. Schulbaumaßnahme Gymnasium Parsberg;
Beschlussfassung über die Durchführung einer Brandschutzertüchtigung der Bestandsgebäude, welche nicht Bestandteil der Generalsanierungsmaßnahme sind
14. Schulbaumaßnahme Generalsanierung und Erweiterung B-Bau des Ostendorfer Gymnasiums Neumarkt; Vergabe von Bauaufträgen;
 - a) Beschlussfassung über die Vergabe der Klempnerarbeiten
 - b) Beschlussfassung über die Vergabe Metallbau- und Verglasungsarbeiten
 - c) Beschlussfassung über die Vergabe der Arbeiten für die Dachabdichtung
15. Schulbaumaßnahme Generalsanierung und Erweiterung B-Bau des Ostendorfer Gymnasiums Neumarkt;
Information über Aufhebung der Ausschreibung für die Baumeisterarbeiten;
Beschlussfassung über die Ermächtigung des Landrats zur Auftragsvergabe

16. Schulen des Landkreises Neumarkt i.d.OPf.;
Beschlussfassung über die Anschaffung von Luftreinigungsgeräten

B) Nichtöffentlicher Teil

1. Beschlussfassung über die Genehmigung von Notarurkunden;
Baukostenzuschuss und dingliche Sicherung des Nutzungsrechts für die Erweiterung des Speisesaals an der Kaminkehrerschule Mühlbach
2. Behandlung von Themen aus obigen Tagesordnungspunkten, die der Geheimhaltung bedürfen

Um 14.30 Uhr begrüßt der Vorsitzende die Anwesenden und bittet diese, sich von Ihren Plätzen zu erheben. Der Vorsitzende würdigt den verstorbenen Altlandrat Albert Löhner:

„Der Landkreis Neumarkt i.d.OPf. trauert um Altlandrat Albert Löhner, der heute Nacht verstorben ist. Der Landkreis Neumarkt i.d.OPf. verliert eine Persönlichkeit, die sich in diesem Landkreis verdient gemacht hat. Albert Löhner war ein Vollblut-Kommunalpolitiker, der die positive Entwicklung der Region Neumarkt maßgeblich gestaltet hat. Er war Bürgermeister der Stadt Berching von 1988 bis 1996 und er war Landrat des Landkreises Neumarkt i.d.OPf. von 1996 bis 2014. Von 2014 bis 2020 war er Bürgermeister in der Stadt Neumarkt i.d.OPf. Man könnte hier viele Einzelheiten aufzeigen, wozu es noch Gelegenheit geben wird. Wir wollen Albert Löhner ein dankbares und ehrendes Gedenken bewahren.“

Der Vorsitzende dankt den Anwesenden und geht zur Tagesordnung über.

A) Öffentlicher Teil

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden, eröffnet die Sitzung, stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Wirtschafts-, Landwirtschafts- und Umweltausschusses fest. Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

1. Anerkennung der Niederschrift der 7. Sitzung

Gegen die o. a. Sitzung werden keine Einwendungen erhoben. Sie ist damit genehmigt.

(14:0)

2. ÖPNV; Beschlussfassung über die Änderung des Harmonisierungs-/Ausschreibungszeitpunktes beim Linienbündel 1, Neumarkt-West und Direktvergabe von ÖPNV-Zuschüssen

Herr Endres erläutert die als Anlage 1 beigefügte Präsentation. Der Nahverkehrsraum sei in sieben Linienbündel eingeteilt. Das Linienbündel 1 solle im Nahverkehrsplan zum 01.12.2022 in die Ausschreibung rein. Durch Corona verzögere sich jedoch die Fortschreibung des Nahverkehrsplans. Nun sei geplant, die ursprünglich geplante Ausschreibung der Änderung des Harmonisierungs-/Ausschreibungszeitpunkt zum 01.12.2022 auf September 2024 zu verschieben. Gleichzeitig seien auch die Zuschüsse wie bisher gehabt, in der gleichen Höhe weiter zu bewilligen.

Der Wirtschafts- Landwirtschafts- und Umweltausschuss für den Landkreis Neumarkt i.d.OPf. stimmt

- **der Änderung des Harmonisierungs-/Ausschreibungs-zeitpunktes beim Linienbündel 1, Neumarkt-West, auf September 2024, und**
- **einer Direkt-/Zuschussvergabe bei den o.g. VGN-Linien im bisherigen Umfang für die Zeit von Dezember 2022 bis einschl. August 2024 zu.**

(14:0)

3. EDV; Beschlussfassung über den Kauf von Screen Mirroring Geräten für die Schulen des Landkreises

Herr Beck erläutert die als Anlage 2 beigefügte Präsentation. Bis zu acht gleichzeitige Anzeigesysteme würden funktionieren. Die Lehrer*innen können freigeben, welche Schüler ihre Mobilgeräte dort anzeigen lassen können. Auch das Lehrergerät könne dort angezeigt werden. Das Ganze funktioniere ohne Kabelübertragungen, sprich über WLAN. Der Einkaufswert von rund 125.448 Euro wird im Digitalpakt mit 90 % gefördert. Somit werden am Landkreis 10 % Eigenbeteiligung verbleiben. 271 Geräte an verschiedenen Schulen sollen hier verteilt werden. So würden die Realschule Berching 22 Geräte, die Mädchenrealschule Neumarkt 41 Geräte, die Knabenrealschule Neumarkt 37 Geräte, Realschule Parsberg 44 Geräte, Ostendorfer Gymnasium 49 Geräte, das Willibald-Gluck-Gymnasium bekommt 70 Geräte. Die Verteilung hierbei entspricht auch den Klassenzimmern. Teilweise haben die Schulen solche Geräte bereits eingesetzt und seien mit der Funktion sehr zufrieden. Es wurde europaweit ausgeschrieben. Nur ein Angebot sei eingegangen. Das Angebot war gültig, deshalb würde man gerne so vergeben.

Kreisrat Gmelch verlässt um 14.45 Uhr den Sitzungssaal.

Kreisrat Gradl fragt nach, wie die europaweite Ausschreibung funktioniere und meint man müsse dort immer nachschauen. Er könne sich vorstellen und wünschen, dass Firmen im Landkreis informiert werden, wenn eine Ausschreibung anstehe.

Herr Beck erklärt, die Ausschreibung erfolge über eine digitalisierte Plattform. Hier könne sich jeder beteiligen und auch darauf zugreifen, der dort einsehe. In diesem Bereich gehe man schon davon aus, dass die Firmen auf diesen Plattformen seien. Herr Beck bestätigt, wenn gewünscht werde, dass Firmen im Landkreis darüber informiert werden sollen, dass eine Ausschreibung anstehe, könne man das so machen. Über die Seite des Landratsamtes würden solche Daten veröffentlicht. Die Firmen würden das aber wissen. Von der Zeitung habe man bisher abgesehen. Man könne eine Mitteilung verfassen, wenn auf der Plattform die Ausschreibung bereits online sei. Im Vorfeld könne man die Firmen nicht informieren.

Kreisrat Dr. Hundsdorfer rät von dieser Möglichkeit ab. Zum einen würde man dadurch evtl. Firmen erreichen, die man gar nicht kenne. Zum zweiten würden sich die Firmen zunehmend darauf verlassen. Weiter hätte man noch viel mehr Bürokratie und Arbeit für das Landratsamt. Dies gelte dann nicht nur für diese Ausschreibung sondern für alle andern auch. Er würde das nicht machen.

Der Vorsitzende ergänzt, man könne das Ganze noch über die Tagespresse veröffentlichen, jedoch würden die Firmen, welche auf diesem Markt unterwegs seien, diese Plattform kennen und auch regelmäßig einsehen. Der Markt sei scheinbar gut ausgelastet. Unterm Strich könne man sagen, man liege unter dem Haushaltsansatz und könne deshalb auch vergeben.

Herr Beck räumt ein, wenn eine Information an die Firmen gewünscht werde, könne man das so handhaben, jedoch betont er auch, wenn das einmal gemacht werde, so müsse man das immer so handhaben.

Der Vorsitzende fügt an, man müsse von Fall zu Fall entscheiden. Man könne über die Tagespresse vielleicht noch veröffentlichen. Im Falle, dass man eine Firma bzw. einen Betrieb

aufzufordern vergesse, ein Angebot abzugeben, könne dieser mitteilen, warum er nicht entsprechend beteiligt wurde. Es werde sicherlich von Fall zu Fall immer wieder mal unterschiedlich sein. Im aktuellen Fall handle es sich nicht um einen kleinen Auftrag, sondern um einen, der für die Firmen schon interessant sein müsste.

Kreisrat und stv. Landrat Bauer rät davon ab. Er fügt an, es gebe viele im Nebenamt, die EDV betreiben, und man könne ruckzuck in Schwierigkeit geraten, weil man nicht jeden im Endeffekt so erfassen kann. Als Firma in diesem Bereich, müsse man wissen, wo man hinschauen müsse; auch auf diese Plattform.

Kreisrat Gratl, kann sich nur schwierig vorstellen, dass nur ein Angebot eingehe, wenn man in ganz Europa ausschreibe. Er bezweifelt, ob das die richtige Plattform sei.

Der Vorsitzende betont, man müsse ja entsprechend ausschreiben, da bleibe nichts Anderes übrig.

Herr Beck zeigt auf, man habe die Erfahrung gemacht, dass man zur jetzigen Zeit sehr unterschiedliche Angebotsabgaben habe. Genauso lief es beim I-Pad bereits. Die Firmen seien äußerst ausgelastet. Wenn das nicht lukrativ erscheint, investieren manche Firmen keine Arbeit in ein Angebot.

Der Wirtschafts-, Landwirtschafts- u. Umweltausschuss des Landkreises Neumarkt i.d.OPf. beschließt die Auftragserteilung an Schwarz Computersysteme GmbH Altenhofweg 2a 92318 Neumarkt i.d. OPf. zum Preis von 125.448,61 € zu vergeben.

(13:0)

4. Kreisstraße NM 32 – Beschlussfassung über die Änderung des Straßenausbaues in der Ortsdurchfahrt in Darshofen

Herr Schmauser erläutert die als Anlage 3 beigefügte Präsentation.

Kreisrat Gmelch nimmt um 14.55 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Der Vorsitzende fügt an, die Regenereignisse der letzten Wochen haben dazu geführt, dass man diese Baumaßnahmen nach allen Sachverhalten überprüft habe. Man wolle die Situation nicht verschlechtern. Es gebe Gründe warum die Planung ursprünglich in eine andere Richtung gelenkt worden sei. Man müsse das Ganze jedoch noch einmal auf den Prüfstand stellen und man wolle nicht, dass sich die Situation für die Anwohner in Darshofen verschlechtere. Aus diesem Grund solle die Querneigung geändert werden. Man hoffe, dass die Baustelle nicht geräumt werden müsse und die Arbeiten fortgeführt werden können. Die Firma bemühe sich darum, das unverzüglich weiterzuführen, aber ausschließen könne man es nicht. Die Kosten seien aufgezeigt und die Summe im Falle der Kostenentstehung dargestellt worden. Sollte es günstiger gestellt werden können, müsse man in jedem Fall mit 144.000 Euro rechnen. Die Fachstellen und Planer hätte die Angelegenheit nochmals geprüft, auch wenn man das Ganze gerne anders dargestellt hätte, wolle man offen damit umgehen. Deshalb werde der Vorschlag gemacht, die Planung zu korrigieren.

Kreisrat, stv. Landrat und Bürgermeister Bauer aus Parsberg betont die Problematik des Abflusses im Kerschbach im Falle einer Situation während bestimmter Regenereignisse. Die Anwohner hätten furchtbare Angst, dass dieser Abfluss bzw. diese Zone, bei der sich das Wasser zurückstauen könne, durch die Höhe der Straße verengt werde. Die Anwohner hätten vehement auf die Problematik der Zukunft hingewiesen; egal wie diese von den Gutachten her gesehen werde; auch wenn womöglich nach Zahlen oder rechnerischen Überlegungen nichts passieren könne. Man könne sich vorstellen, dass bei jedem Regenereignis, die Anwohner dastehen werden. Und sollte der Fall eintreten, dass nichts mehr dasteht, gehe es

um Schadenersatz. Man könne sich vorstellen, wie man dann dastehe. Es herrschte eine unwahrscheinliche Vehemenz, die der Bürgermeister kaum verstehen konnte. Im Ortsteil wurde gesagt, es sei keine Frage, dass man hier als Anwohner nicht sensibilisiert sei. Wenn man hier auf dieser Nordseite wohne, sei das sicherlich ein Grund, aber die Art und Weise sei nicht in Ordnung gewesen. Man glaube aber, das sei der einzig gangbare Weg ohne in Zukunft ständig mit solchen Ereignissen beschäftigt sein zu müssen. Man könne das aufgezeigte Entwässerungsgebot nur empfehlen. Eine Existenzgefährdung für manche Anwohner solle wegen rechnerisch ein bis drei Zentimeter nicht eintreten müssen. Es sei mehrfach von den Anwohnern geschildert und formal nachgewiesen worden. Aus diesem Grund möchte Kreisrat Bauer, stv. Landrat und Bürgermeister aus Parsberg empfehlen, dem Vorschlag zuzustimmen.

Kreisrat Haas fügt an, die Starkregenereignisse werden mehr. Dies habe man in den letzten Wochen gesehen. Man werde in den nächsten Monaten lernen müssen, dass diese Ereignisse zunehmen. Er regt an, bei solchen Bachläufen, die Berechnungen vom Landratsamt grundsätzlich von vornherein mit einfließen zu lassen. Das Geld sei nicht wenig, aber angemessen. Die Anwohner hätten ja relativ schnell erkannt, dass hier ein Problem vorliegen könnte. Kreisrat Haas fände es angebracht, deshalb von Seiten des Landratsamtes solche Prüfungen vorzeitig anzugehen.

Herr Schmauser räumt ein, aus der Erfahrung heraus, sei ganz klar, vorher zu prüfen, sei immer besser. Ganz bewusst war dies vorher allerdings nicht, dass es Auswirkungen haben könne, sonst hätte man das auch von vorne herein gemacht oder im Falle eines zukünftigen Baus wieder. Das Bewusstsein sei ganz klar geschärft. Ein weiteres Mal solle dies nicht vorkommen.

Der Vorsitzende fasst zusammen, es sei der Beschluss zu fassen, die Querneigung zu ändern. Die Kosten seien aufgelistet.

Der Wirtschafts-, Landwirtschafts- und Umweltausschuss stimmt einer nachträglichen Änderung der Ortsdurchfahrt der Kreisstraße NM 32 im Bereich des Kerschbaches in Darshofen zu. Im Hinblick auf den Hochwasserabfluss im Bereich des Kerschbaches soll das Quergefälle der Straße zum Kerschbach hin verändert werden, damit der Abflussquerschnitt verbessert oder zumindest nicht verschlechtert wird.

Hierfür werden Finanzmittel in einer Höhe von 144.000 Euro bis maximal 224.000 Euro eingeplant.

(14:0)

**5. Kreisstraße NM 23;
Bau eines Geh- und Radweges entlang der Kreisstraße NM 23 zwischen
Dietfurt a.d. Altmühl und Hallenhausen;
Beschlussfassung über die finanzielle Vorausleistung für den künftigen Unterhalt des
Geh- und Radweges**

Herr Schmauser erläutert die als Anlage 4 beigefügte Präsentation. Der geplante Geh- und Radweg sei in einem Förderprogramm des Bundes mit aufgenommen, wobei es hier 80 % Förderung geben werde. Auch die Ingenieurkosten zu diesem Projekt werden mit gefördert.

Der Vorsitzende bittet Herrn Gottschalk kurz anzufügen, welche geplante Maßnahmen sonst noch in dieses Förderprogramm des Bundes, welches für geplante Maßnahme intensiv genutzt werde, mit hineinkommen.

Herr Gottschalk erläutert, der geplante Radweg von Pilsach Richtung Litzlohe komme in dieses Förderprogramm rein. Finanziell sei das für den Landkreis sehr gut. Weitere Planungen seien in Parsberg im Bereich der Rudolphshöhe angedacht, wo eine Integration für Radfahrer und Fußgänger sehr schwierig sei. Die Anwohner sollen hier ihren Arbeitsplatz auch zu Fuß

oder mit dem Fahrrad erreichen können. Insgesamt sei man in der Oberpfalz der Landkreis, der die meisten Projekte mit reingebracht habe und man wolle versuchen, das Ganze noch weiter auszubauen.

Der Vorsitzende merkt an, in diesem Fall war man auch mit den Städten Beilngries und Dietfurt a.d. Altmühl in Kontakt, um eine Gesamtkonzeption zu entwickeln. Das Programm des Bundes tue zu dieser Entwicklung ganz gut.

Kreisrat Gruber fragt nach, ob die Förderung nur für Rad- und Gehwege an Straßen entlang gelte.

Herr Schmauser erklärt, in dieses Sonderprogramm habe man auch Möglichkeiten, Wege mit reinzubringen, welche nicht nur an einer Straße entlang verlaufen. Von Zell nach Wolfsbuch verlaufe der Weg nicht direkt an der Straße entlang. Hier habe man mit diesem Programm den Vorteil, dass das Projekt auch mit reingenommen werde.

Der Wirtschafts-, Landwirtschafts- und Umweltausschuss stimmt der Vereinbarung mit der Stadt Dietfurt a. d. Altmühl über den Bau und die Unterhaltung eines Geh- und Radweges entlang der Kreisstraße NM 23 zwischen Dietfurt a. d. Altmühl und Hallenhausen zu.

Als finanzielle Vorausleistung für den künftigen Unterhalt des Geh- und Radweges wird der Stadt Dietfurt a. d. Altmühl ein einmaliger Kostenbeitrag in Höhe von 110.200,00 € in Aussicht gestellt. Die endgültige Höhe des Kostenbeitrages bemisst sich nach den nachgewiesenen zuwendungsfähigen Ausgaben entsprechend der Landkreisregelung und der endgültigen staatlichen Zuwendung.

(14:0)

**6. Abfallwirtschaft, Kommunaler Umweltschutz;
Beschlussfassung über die Neuvergabe der Problemmüllsammlung zum 01.01.2022**

Herr Hadwiger erläutert die als Anlage 5 beigefügte Präsentation.

Der Wirtschafts-, Landwirtschafts- und Umwelt-ausschuss des Landkreises Neumarkt beauftragt die ARGE Edenharder/Hofmann ab 01.01.2022 mit der Durchführung der Problemmüllsammlungen im Landkreis Neumarkt zum Jahresgesamtpreis von 65.545,20 €. Der Auftrag wird für 3 Jahre vergeben. Es besteht eine Verlängerungsoption für bis zu 3 weitere Jahre.

(14:0)

**7. Abfallwirtschaft, Kommunaler Umweltschutz;
Beschlussfassung über die Neuvergabe der Häckselarbeiten für Gartenabfälle auf den Wertstoffhöfen Berching, Dietfurt, Sulzkirchen, Postbauer-Heng und Pyrbaum zum 01.01.2022**

Herr Hadwiger erläutert die als Anlage 6 beigefügte Präsentation.

Kreisrat Klappenberger fragt nach einem Aufmaß bzw. nach dem Kubikmeterpreis; wie dieser angenommen werde.

Herr Hadwiger antwortet, gerechnet werden letztendlich die Kubikmeter an angefallenem Häckselgut. Vorher sei das immer mehr, weil es wesentlich weniger verdichtet sei. Wenn der Haufen dann gehäckselt sei, erfolgt ein Aufmaß der Miete. Dieses sei dann die Grundlage für die Abrechnung.

Der Wirtschafts- Landwirtschafts- und Umwelt-ausschuss des Landkreises Neumarkt beauftragt die Fa. Hackschnitzel Eichenseer mit der Durchführung der Häckselarbeiten für die Wertstoffhöfe Berching, Dietfurt, Sulzkirchen, Postbauer-Heng und Pyrbaum ab 01.01.2022 zu einem Preis von 2,49 €/m³ Häckselgut.

Der Auftrag wird für 2 Jahre zzgl. Verlängerungsmöglichkeit vergeben.

(14:0)

**8. Abfallwirtschaft, Kommunaler Umweltschutz;
Beschlussfassung über die Neuvergabe der Eigenvermarktung der Elektrogeräte für die Gerätegruppen 4 und 5 ab 01.05.2022**

Herr Hadwiger erläutert die als Anlage 7 beigefügte Präsentation.

Der Wirtschafts- Landwirtschafts- und Umweltausschuss des Landkreises Neumarkt beauftragt die Fa. Koslow ab 01.05.2022 mit der Eigenvermarktung der Elektroaltgeräte der Gerätegruppen 4 und 5 entsprechend dem vorgelegten Angebot.

(14:0)

**9. Information über das Deponiekonzept Pollanten;
Beschlussfassung über die Vergabe des Planungsauftrages**

Herr Hadwiger erläutert die als Anlage 8 beigefügte Präsentation.

Der Vorsitzende dankt Herrn Hadwiger und teilt mit, man wisse, dass Deponieraum überall knapp sei. Durch vernünftiges Kooperieren könne man deutlich mehr Deponieraum schaffen. Das mache Sinn und deshalb schlage man diese Lösung vor.

Kreisrat Gmelch dankt Herrn Hadwiger für seine gute Ausführung. Er ist der Meinung, wenn die Firma Bögl auch eine Deponie errichten werde, gebe es bestimmt Probleme mit dem Verkehr. Am Wochenende sei er zufällig auch in Pollanten vor Ort gewesen und habe sich das Ganze angesehen. Unter anderem gebe es ein Problem mit dem Sportverein. Wenn man die Zufahrt von der Bundesstraße B 299 herfahre und den laufenden Schwerlastverkehr betrachte, gehe es im Wesentlichen um drei Punkte. Zum einen sei die Unfallgefahr gegeben. Der Vorstand des Sportvereins habe beispielsweise erklärt, dass es bereits ein paarmal Probleme mit den Turngruppen gegeben hätte. Zum anderen gebe es Probleme mit dem Parkverkehr, weil die Deponie auch von weiter weg befahren werde. Zum dritten könne der vorhandene Tiefbrunnen eventuell bei dieser Zuleitung beschädigt werden. Durch die zusätzliche Deponie der Firma Bögl, nicht durch die Deponie des Landkreises, befürchtet Kreisrat Gmelch – vorsichtig ausgedrückt - mehr Gefahren statt weniger. Zu dieser bekannten Thematik sei die Verkehrsführung genau zu überlegen, um da Abhilfe zu schaffen. Mit dem Verkauf komme das Thema jetzt verstärkt wieder hoch. Es gebe bereits Diskussionen, um eine Lösung zu finden. Kreisrat Gmelch bittet dringend darum. Scheinbar gebe es auch einen Weg, den man ausbauen könnte.

Der Vorsitzende betont, man finde das vorgeschlagene Konzept gut und wolle an einer Lösung arbeiten.

Herr Hadwiger räumt ein, dieses Thema sei schon lange präsent und auch in konkreter Arbeit. Man bemühe sich um eine Lösung. Zum einen finde am kommenden Mittwoch eine große Besprechung mit allen Beteiligten statt. Es sei nicht so, dass künftig nur die Firma Bögl und der Landkreis diese Zufahrt nutzen müssen, sondern ein mindestens genauso wesentlicher Nutzer. Das sind die drei Firmen die dort Sand abbauen und eine bergrechtliche Genehmigung für diesen Sandabbau haben. Man muss zu dieser Zufahrtsthematik wissen, dass ursprünglich

tatsächlich schon sehr konkret eine völlig neue Anbindung geplant war; nämlich von der B 299 neu abzweigend. Hier liege eine fix und fertige Planung in der Schublade, die eigentlich jetzt schon hätte realisiert sein sollen. Nur war die Realisierung nicht möglich und wird auch nicht möglich sein, weil die Stadt Berching trotz intensivster Bemühungen von 17 notwendigen Grundstückeigentümer nicht einen dazu bewegen konnte, dass dieser die nötigen Flächen abgebe. Alle anderen hätten die kalte Schulter gezeigt. Deshalb werde es unumgänglich sein, dass man diese Zufahrt weiter nutzt. Man habe natürlich weitere Alternativen noch geprüft. Es kam mal der Vorschlag, das Ganze über den Entenbach, also über eine bestehende Trasse, die über den Entenbach führe, dann abzuleiten. Man habe dieses mit der Tiefbauabteilung durchdiskutiert und das Ganze durchgespielt. Es gebe letztendlich keine Möglichkeit, eine alternative Trassenführung zu finden, die nicht an anderer Stelle noch größere Nachteile bringen würde. Entweder man müsse den ganzen Fahrverkehr dann mitten durch Wappersdorf leiten, wo mit Sicherheit auch keine Begeisterung bestünde. Das andere Problem sei einfach, man werde garantiert keine Genehmigung bekommen, eine Anbindung direkt an die Bundesstraße zu machen, ohne dass es wieder eine sogenannte Schleifenlösung sei, wo sozusagen kreuzungsfrei ausgeschleift werden könne. Dazu fehle hier wiederum der Platz und es sei seines Wissens bzw. was der Tiefbau dazu gesagt habe, dort vor einiger Zeit eine Brücke neu gebaut worden, die aber die Durchfahrtshöhe nicht hätte, die man dann brauchen würde. Lange Rede, kurzer Sinn, es werde realistisch darauf hinauslaufen, dass man die bestehende Zufahrt nutzen müsse und nutzen werden wird. Dazu sei seit einigen Monaten ganz konkret geplant, dass diese innen tatsächlich in einen nutzbaren Ausbau versetzt werde. Das sei bisher ein großer Mangel gewesen, den man jetzt noch mit diesem Hintergrund solange toleriert hätte, bis die neue Trasse kommen würde. Da diese nun nicht komme, müsse man an der Stelle einfach endgültig reagieren und diese Zufahrt tatsächlich nun endlich mal startfrei ausbauen und tatsächlich auch zurückbauen. Dadurch, dass diese nicht befestigt sei, habe sich diese teilweise auf zehn bis zwölf Meter verbreitet. Ein Teil über Privatgrund, was auch schon vielfach moniert wurde. Es sei nun eben das Ziel, diese Zufahrt in die ursprüngliche Breite von 3,5 Metern auszubauen und Ausweichmöglichkeiten vorzusehen, die dann halt den möglichen Begegnungsverkehr ermöglichen, die gleichzeitig aber dann auch dazu führen und sorgen soll, dass keine zu hohen Unstimmigkeiten sind; deshalb bewusst nur 3,5 Meter sonst müsse man immer mit Gegenverkehr rechnen. Wenn es durchgängig zweispurig ausgebaut werden würde, dann würde man sozusagen den Hochgeschwindigkeitsverkehr unterstützen. Auch die Problematik mit dem Sportverein sei absolut bewusst. Man befinde sich im direkten Austausch mit dem Sportverein, sowohl mit der Stadt Berching als auch mit dem Landkreis. Am kommenden Mittwoch, werde es genauer um diese Themen gehen, welche die Belange des Sportvereins möglichst berücksichtigen können. Was die Verkehrsbelastung betreffe, könne man ein Stück weit entwarnen oder relativieren. Die Firma Bögl wolle wohl eine Deponie errichten, jedoch gehe diese erst dann so richtig in Betrieb, wenn der Landkreis eines Tages mal voll sein wird. Hierbei gehe es um einen ganz banalen wirtschaftlichen Hintergrund. Der Landkreis habe geringere Gebühren als eher alle anderen, die Sub annehmen. Die Firma Bögl würde nicht zu Preisen des Landkreises anbieten. Wenn sie gleichzeitig für eine öffentliche Anlieferung öffnen würde und um 20 bis 30 % teurer sei, sei klar, wohin die Mengen gehen werden. Für die sei das nun zwar eine Deponie, aber nicht nur. Hier würden auch Zwischenlagerflächen dann benötigt werden und verschiedenes. Es heißt ja auch, der Verkehr, der durch die Firma Bögl hier entstehen werde, dürfte in den nächsten Jahren sehr überschaubar sein. Das Thema, was bei den Sandabbauern passieren werde, solle eher Gegenstand des Termins am Mittwoch sein. Man wolle insgesamt die Verkehrsbelastung ermitteln. Es werde nicht so schlimm sein, wie es der Sportverein befürchte, weil die bergbaurechtliche Genehmigung auch dahin ausgestaltet sei, dass immer nur an einer Stelle abgebaut werden darf. Umgekehrt werden die drei Firmen ihr teures Gut auch nicht verschleudern. Diese hätte eher Interesse solange wie möglich Ressourcen vorzuhalten. Deshalb werde man vermutlich davon ausgehen können, dass dieser Abbau zwar sehr lange dauern werde, aber dementsprechend auch nicht die ganz exzessive Nutzung oder Fahrten sattfinden. Man komme trotz allem dahin, dass die Verkehrsbelastung sich nach

Einschätzung nicht wesentlich verändern werde als dies jetzt der Stand sei. Am Mittwoch werde man schlauer sein. Das Thema sei mehr als präsent und man könne versichern, dass bei allen Beteiligten ein großes Augenmerk daraufgelegt werde, dass man die Anlieger und den Sportverein bestmöglich bediene. Diese seien hier in einer bedauernswerten Situation, weil sie durch diesen Neubau ziemlich umzingelt worden seien und man habe keine freien Entwicklungsmöglichkeiten mehr. Wie gesagt, seien bereits verschiedene Schritte im Gespräch. Mit dem Tiefbrunnen und der Nutzung der Parkflächen sei auch schon unmittelbar eine Lösung in Sicht. Man wisse, woher das komme. Es handle sich um Anlieferer, die von der Firma Geiger kommen und das Kontingent der Firma Geiger auf der Deponie nutzen. Teilweise seien diese von weiter her und parken abends dort und übernachten und fahren am nächsten Morgen dorthin. Auch hier sei bereits eine Weichenstellung erfolgt, dass dies künftig nicht mehr passiere. Da sei man absolut dran. Man sei sich sicher, dass man für den Sportverein eine ringsum gute Lösung schaffen werde. Abgesehen, dass es im Grunde keine Alternative gebe, diese Zufahrt weiter zu nutzen.

Der Vorsitzende fasst zusammen, die Problemstellungen habe man auf dem Schirm und man arbeite daran. Zunächst sei aber die Planung voranzubringen. In Berching sei das in der Agenda oben mit drauf.

Kreisrat Gmelch gibt sich damit zufrieden, wenn man die Diskussion kenne, wolle man die am Mittwoch stattfindende Besprechung abwarten und man werde sehen, was dabei rauskomme.

Auf Nachfrage von Kreisrat Klappenberger bezüglich der neuen Ausgleichsflächen zum Sandabbau antwortet Herr Hadwiger, die Firma Bögl habe an anderer Stelle Ausgleichsflächen in der Nähe von Pruppach zur Verfügung gestellt, weil es da ähnliche Sandflächen gebe, die denen von Pollanten entsprechen. Ein entsprechender Antrag wurde an die Untere Naturschutzbehörde gestellt und auch bewilligt.

Kreisrätin Hollweck schlägt vor, dass man wie in der Vergangenheit in einem Ortstermin eine Besichtigung mache. Es sei eine interessante Sache auch für die neuen Mitglieder im Kreistag.

Der Vorsitzende räumt ein, man sei einer Meinung. Vor Jahren habe man bereits eine Besichtigung in Pollanten gemacht. Es gebe auch andere Bereiche, die man in Augenschein nehmen solle; beispielsweise die Deponie Blomenhof und vieles andere mehr. Sobald dies aufgrund der Corona Bedingungen wieder möglich sei, werde man auch die Außentermine wieder bei den Sitzungen mit einplanen.

Kreisrätin Hollweck bestätigt, die Zufahrt sei breit. Diese sei bekannt und werde auch von großen Sattelzügen für die Verbringung von Hühnern zu einem dort liegenden Hühnerstall genutzt. Eine Zufahrt müsse es für die Transporte und für den Schwerlastverkehr einfach geben. Es sei jedoch wünschenswert, eine passende Lösung für die Zukunft sowohl für den Landkreis als auch für Berching zu finden.

Der Vorsitzende wiederholt, man finde das vorgeschlagene Konzept gut und wolle an einer Lösung arbeiten.

- a) **Der Wirtschafts-, Landwirtschafts- und Umwelt-ausschuss des Landkreises Neumarkt stimmt dem Konzept für eine gemeinsame Deponieplanung mit der Max Bögl Stiftung und dem Abschluss dazu erforderlicher Verträge zu.**
- b) **Der Wirtschafts-, Landwirtschafts- und Umweltausschuss des Landkreises Neumarkt vergibt den Auftrag für die vorbereitenden Planungsleistungen zur späteren Ertüchtigung der landkreiseigenen Deponie an das Büro R+H Umwelt GmbH.**

(14:0)

10. Vorberatung der Beschlussfassung über die Änderung der Gebührensatzung für die öffentliche Abfallbeseitigung; Erhöhung der Hausmüllgebühren ab 01.01.2022

Herr Hadwiger erläutert die als Anlage 9 beigefügte Präsentation.

Der Wirtschafts- Landwirtschafts- und Umweltausschuss empfiehlt dem Kreistag die Änderung der Gebührensatzung für die öffentliche Abfallwirtschaft gemäß der Anlage.

(14:0)

11. Abfallwirtschaft, Komm. Umweltschutz; Information über das Modellprojekt zur Sammlung und Nutzung von gebrauchten Speisefetten und -ölen in Privathaushalten in den Städten Freystadt und Berching

Herr Hadwiger erläutert die als Anlage 10 beigefügte Präsentation.

Kreisrat Dr. Hundsdorfer bezweifelt das Modellprojekt. Er gibt zu bedenken, man müsse klären, was der Liter nach 18 Monaten letztendlich dann gekostet habe. Man könne auf einem Wertstoffhof einen Sammelbehälter stellen, wie man es von den Gastwirtschaften her kenne. Der Bürger könnte mit seinem Gefäß das da rein kippen; der Bürge habe auch eine gewisse Bringschuld. Das Modellprojekt so zu verwirklichen, sei in finanzieller Hinsicht teuer. Kreisrat Dr. Hundsdorfer würden nach 18 Monaten die Kosten pro abgegebenen Liter interessieren.

Herr Hadwiger kann das jetzt noch nicht beantworten. Nach der Kalkulation der Firma Lesch, gebe man derzeit auf ganze Jahr gerechnet von einer Sammelmenge von ungefähr 0,6 Liter pro Person aus. Etwa 15 Cent würden pro Haushalt in der Kalkulation fehlen, die anderweitig abgedeckt werden müssten.

Kreisrat Dr. Hundsdorfer meint, man könne die Leute animieren, dieses zu den Wertstoffhöfen zu bringen. Er sei der gleichen Meinung wie der Landkreis, dass man das nicht wegkippen soll. Das belaste die Umwelt und das Abwasser. Das sei insoweit alles richtig. Aber in diesem Weg sieht Kreisrat Dr. Hundsdorfer keinen guten Erfolg.

Herr Hadwiger gibt Kreisrat Dr. Hundsdorfer ein Stück weit Recht. Grundsätzlich sei die Präferenz gewesen, dass die Wertstoffhöfe mit einbezogen werden. Dafür bräuchte man keine Automaten; man könne dies mit Flaschen machen. Aber für den Bürger sei das schon eine saubere Sache. Sonst müsste man das mit gebrauchten Flaschen oder Büchsen machen, mit welchen man dann herumhantieren müsse. Die Automaten setzt Herr Hadwiger auch ein Stück weit in Frage. Man wolle sich die Sache mit den Automaten aber auf jeden Fall mal anschauen. Es sei keine Vorentscheidung damit verbunden, dass das Ganze dann in der Weise flächendeckend kommen soll.

Der Vorsitzende teilt mit, es handle sich um eine Testphase. Man lerne die Nutzung kennen und sei gespannt, ob es funktioniert. Für die Bewertung habe man zunächst nur zwei

Gemeinden gewählt. Wenn es passt, könne man ausweiten. Irgendwann müsse man auch die Wirtschaften bewerben. Grundsätzlich sei die Sammlung und die Wiederverwertung eine gute Aktion. Der Ausschuss soll hier nur in Kenntnis gesetzt werden.

Kreisrätin Hollweck findet die Aktion grundsätzlich schon gut, dass es diese Möglichkeit gebe. Früher habe man das auf dem Bauernhof auf dem Misthaufen entsorgt. Heute habe das eine ganz andere Geschichte. Man hoffe, das Ganze sensibilisiere alle. Man sehe, es falle mehr Fett und Altöl an. Das Pilotprojekt findet die Kreisrätin sehr wichtig. Man werde sehen, was herauskomme. Man sehe, es werde sauber entsorgt; wenn man betrachte, wie viele Rohrleitungen jährlich vorstopft wurden, weil es ins Klo geschüttet wurde. Man wusste nicht, wohin damit. Für die Zukunft sehe man darin schon einen Weg. Man sieht, das könne man auch anders haben, wenn es richtig entsorgt werde.

Der Vorsitzende bestätigt, es sei schon ein überzeugender Weg der Entsorgung.

Der Wirtschafts- Landwirtschafts- und Umweltausschuss nimmt Kenntnis vom Modellprojekt „Jeder Tropfen zählt“:

- **Testphase im Landkreis Neumarkt in zwei ausgewählten Kommunen**
- **Projektstart: 01.08.2021, Dauer 18 Monate**
- **danach Evaluierung und Entscheidung über weiteres Vorgehen**
- **Sammelsystem ist (noch) nicht kostendeckend, daher finanzielle Unterstützung durch den Landkreis Neumarkt in Höhe von 15.000 € für die Dauer der Projektlaufzeit**
- **Städte Berching und Freystadt beteiligen sich ebenfalls am Aufwand, zudem Fa. Huber SE als Sponsor**

(14:0)

Der Vorsitzende unterbricht die Sitzung von 16.05 Uhr bis 16.15 Uhr zur Lüftung des Sitzungsraumes.

Die Kreisräte Gmelch, Dr. Hundsdorfer, Gruber und Deß verlassen die Sitzung um 16.05 Uhr.

12. Schulbaumaßnahme Gymnasium Parsberg; Vergabe von Bauaufträgen;

- a) Beschlussfassung über die Vergabe der Arbeiten für die Dachabdichtung BA 1**
- b) Beschlussfassung über die Vergabe der Trockenbauarbeiten BA 1**
- c) Beschlussfassung über die Vergabe der Dämmarbeiten**
- d) Beschlussfassung über die Vergabe der Arbeiten MSR (Mess- und Regeltechnik)**

a) Beschlussfassung über die Vergabe der Arbeiten für die Dachabdichtung BA 1

Auf Bitten des Vorsitzenden erläutert Herr Mederer die als Anlage 11 beigefügte Präsentation.

Die Kreisräte Dr. Hundsdorfer und Gruber nehmen ab 16.15 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Der Wirtschafts-, Landwirtschafts- und Umweltausschuss des Landkreises Neumarkt i.d.OPf. stimmt beim Projekt Erweiterung, Umbau und Generalsanierung des Gymnasiums Parsberg der Vergabe der Dachabdichtung BA 1 an die Firma Lohse Bedachungen, Nürnberg, zum Angebotspreis von 143.000,02 € zu.

(12:0)

b) Beschlussfassung über die Vergabe der Trockenbauarbeiten BA 1

Auf Bitten des Vorsitzenden erläutert Herr Mederer die als Anlage 12 beigefügte Präsentation.

Kreisrat Gmelch nimmt ab 16.17 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Der Wirtschafts-, Landwirtschafts- und Umweltausschuss des Landkreises Neumarkt i.d.OPf. stimmt beim Projekt Erweiterung, Umbau und Generalsanierung des Gymnasiums Parsberg der Vergabe der Trockenbauarbeiten BA 1 an die Firma Kaefer GmbH, Fürth zum Angebotspreis von 239.648,11 € zu.

(13:0)

c) Beschlussfassung über die Vergabe der Dämmarbeiten

Auf Bitten des Vorsitzenden erläutert Herr Mederer die als Anlage 13 beigefügte Präsentation.

Der Wirtschafts-, Landwirtschafts- und Umweltausschuss des Landkreises Neumarkt i.d.OPf. stimmt beim Projekt Erweiterung, Umbau und Generalsanierung des Gymnasiums Parsberg der Vergabe der Dämmungsarbeiten BA 1 – 3 an die Firma Armbrust GmbH, Mühlheim Ruhr zum Angebotspreis von 254.201,01 € zu.

(13:0)

d) Beschlussfassung über die Vergabe der Arbeiten MSR (Mess- und Regeltechnik)

Auf Bitten des Vorsitzenden erläutert Herr Mederer die als Anlage 14 beigefügte Präsentation.

Der Wirtschafts-, Landwirtschafts- und Umweltausschuss des Landkreises Neumarkt i.d.OPf. stimmt beim Projekt Erweiterung, Umbau und Generalsanierung des Gymnasiums Parsberg der Vergabe der MSR-Technik BA 1 - 3 an die Firma SZ Regel- und Klimatechnik, München zum Angebotspreis von 570.121,42 € zu.

(13:0)

Auf Bitten des Vorsitzenden gibt Herr Mederer einen Überblick über den aktuellen Vergabestand.

Herr Mederer teilt mit, die Gesamtsituation bei diesem Bauvorhaben gestaltet sich derzeit noch beruhigend. Man bewege sich im Soll. Man weise momentan ca. 55.000 Euro Einsparungen (siehe Anlage 15) nach der Submission aus. Mit der Generalsanierung und mit dem Umbau habe man aber jeden Tag eine neue Überraschung. Man sei hier noch einigermaßen sicher unterwegs. Das Bauvorhaben sei nach den Angeboten derzeit noch nicht in Schieflage. Mehr als die Hälfte der Aufträge, knapp 60 %, seien bereits vergeben.

13. Schulbaumaßnahme Gymnasium Parsberg;

Beschlussfassung über die Durchführung einer Brandschutzertüchtigung der Bestandsgebäude, welche nicht Bestandteil der Generalsanierungsmaßnahme sind

Auf Bitten des Vorsitzenden erläutert Herr Mederer die als Anlage 16 beigefügte Präsentation.

Der Wirtschafts-, Landwirtschafts- und Umweltausschuss des Landkreises Neumarkt i.d.OPf. stimmt der Durchführung der Brandschutzertüchtigung der Bestandsgebäude, welche nicht Bestandteil der Generalsanierungsmaßnahme sind, zu und beauftragt die Verwaltung mit der Einholung der Zustimmung des Landkreises Regensburg und der Beantragung von FAG-Fördermitteln.

(13:0)

14. Schulbaumaßnahme Generalsanierung und Erweiterung B-Bau des Ostendorfer Gymnasiums Neumarkt; Vergabe von Bauaufträgen;

- a) **Beschlussfassung über die Vergabe der Klempnerarbeiten**
- b) **Beschlussfassung über die Vergabe Metallbau- und Verglasungsarbeiten**
- c) **Beschlussfassung über die Vergabe der Arbeiten für die Dachabdichtung**

a) Beschlussfassung über die Vergabe der Klempnerarbeiten

Auf Bitten des Vorsitzenden erläutert Herr Mederer die als Anlage 17 beigefügte Präsentation.

Der Wirtschafts-, Landwirtschafts- und Umweltausschuss des Landkreises Neumarkt i.d.OPf. stimmt beim Projekt Generalsanierung und Erweiterung B-Bau Ostendorfer-Gymnasium der Vergabe der Klempnerarbeiten an die Firma Güther Metallbedachungen GmbH, Nürnberg, zum Angebotspreis von 193.417,97 € zu.

(13:0)

b) Beschlussfassung über die Vergabe der Metallbau- und Verglasungsarbeiten

Auf Bitten des Vorsitzenden erläutert Herr Mederer die als Anlage 18 beigefügte Präsentation.

Kreisrat Lippmann verlässt um 16.32 Uhr die Sitzung.

Auf Nachfrage von Kreisrätin Hollweck über den Verzicht auf die Wetterstation, erklärt Frau Theil die Einsparungen rühren daher, dass die Frostschutzanlage mit ausgeschrieben wurde. Diese würde an einem anderen Gebäude mit dranhängen und somit könne man sich diese Wetterstation für die Sonnenschutzanlagen sparen. Man habe zwar mehr Leitungen, spare sich aber eine Wetterstation.

Der Wirtschafts-, Landwirtschafts- und Umweltausschuss des Landkreises Neumarkt i.d.OPf. stimmt beim Projekt Generalsanierung und Erweiterung B-Bau Ostendorfer-Gymnasium der Vergabe der Metallbau- und Verglasungsarbeiten an die Haga Metallbau GmbH, Hofheim, zum Angebotspreis von 592.428,41 € zu.

(12:0)

c) Beschlussfassung über die Vergabe der Arbeiten für die Dachabdichtung

Auf Bitten des Vorsitzenden erläutert Herr Mederer die als Anlage 19 beigefügte Präsentation.

Kreisrat Dr. Hundsdorfer verlässt um 16.34 Uhr die Sitzung.

Der Wirtschafts-, Landwirtschafts- und Umweltausschuss des Landkreises Neumarkt i.d.OPf. stimmt beim Projekt Generalsanierung und Erweiterung B-Bau Ostendorfer-Gymnasium der Vergabe der Dachabdichtungsarbeiten an die Tahedl Dach + Wand GmbH, Regensburg, zum Angebotspreis von 124.437,53 € zu.

(11:0)

Auf Bitten des Vorsitzenden gibt Herr Mederer einen Überblick über die Gesamtschau.

Herr Mederer teilt mit, ca. 32 % der Aufträge seien bereits vergeben. Der Rohbau sei hier nicht inbegriffen. Rechne man die Einsparungen (siehe Anlage 20) dagegen, so liege man mit etwa 15 % darüber. Man müsse bedenken, die Kostenrechnung sei aus dem Jahr 2017. Sollte der Rohbau kommen, rechne man mit einer deutlichen Kostensteigerung. Intern habe man sich als Ziel gesetzt, dieses Bauvorhaben mit ca. 25-30 % über der Kostenrechnung abschließen zu können. Somit wäre man etwa 10 % über einer Kostenrechnung nach heutigem Stand.

**15. Schulbaumaßnahme Generalsanierung und Erweiterung B-Bau des Ostendorfer Gymnasiums Neumarkt;
Information über Aufhebung der Ausschreibung für die Baumeisterarbeiten;
Beschlussfassung über die Ermächtigung des Landrats zur Auftragsvergabe**

Auf Bitten des Vorsitzenden erläutert Herr Mederer die als Anlage 21 beigelegte Präsentation.

Kreisrat Dr. Hundsdorfer nimmt ab 16.37 Uhr wieder an der Sitzung teil.

- 1. Der Wirtschafts-, Landwirtschafts- und Umweltausschuss des Landkreises Neumarkt i.d.OPf. nimmt Kenntnis von der Aufhebung der Ausschreibung Baumeister für den B-Bau des Ostendorfer-Gymnasiums und der Neuausschreibung von vier Einzelgewerken.**
- 2. Er ermächtigt Herrn Landrat Gailler, den jeweils wirtschaftlichsten Bieter der Neuausschreibung den Zuschlag zu erteilen.**

(12:0)

**16. Schulen des Landkreises Neumarkt i.d.OPf.;
Beschlussfassung über die Anschaffung von Luftreinigungsgeräten**

Auf Bitten des Vorsitzenden erläutert Herr Mederer die als Anlage 22 beigelegte Präsentation.

Kreisrat Gruber stellt fest, es handle sich hier um andere Luftreinigungsgeräte als eigentlich vorgeschrieben wären. Ihm wurde vom Schulleiter in Lauterhofen mitgeteilt, laut einer Umfrage hätten keine der Eltern so etwas gefordert; in seiner ganzen Schule nicht. Kreisrat Lang könne das sicherlich bestätigen. Es sei auch bisher gut gelaufen. Wer könne bestätigen, bzw. gebe die Sicherheit, dass diese Luftfilter gegen die Pandemie helfen; evtl. könnten ja trotzdem Fälle entstehen. Sollten diese geliefert werden, handle es sich um Ladenhüter. Kreisrat Grubers Begeisterung hält sich in Grenzen.

Kreisrat Dr. Hundsdorfer stellt zum ersten fest, was man nicht sehe, glaubt man nicht. In der Regel glaube er erst einmal schon, was ihm mitgeteilt werde, dass hier die Luft gereinigt werde und dass auch Viren und Feinstaub und auch andere Bakterien abgetötet werden. Nur weil man das nicht sieht, könne man nicht einfach sagen, man wisse nicht ob das wirkt. Zweitens sei es relativ gesehen, was man hier ausbebe, zu dem was man bis heute bereits ausgegeben habe. Auch für die Schulen und den Straßenbau usw. sei dies für den Landkreis – parallel gelte das für die Gemeinde Mühlhasen - nicht so sehr viel Geld, das man hier investiere. Drittens habe niemand eine Garantie, dass das die vierte Welle verhindere, aber man wolle alles, was dagegen unterstütze, umsetzen. Bei Minusgraden Fenster lüften werde keine Alternative sein. Wenn möglich, könne man diese ja zusätzlich aufmachen. Es werde gegen die Pandemie helfen, deshalb solle man diese Geräte anschaffen. Wenn es nun schwierig sei, diese zu beschaffen, sei nochmal eine andere Geschichte. Man könne sich das leisten. Man wolle mit Sicherheit erwirken und sich das trotzdem leisten, auch wenn Eltern das nicht gefordert hätten. Dieses Gremium solle hier vorausschauend denken.

Kreisrat Gradl fügt hinzu, jeder wisse, dass bei Luftaustausch Zirkulation verursacht werde. Man wisse nicht wie laut diese Geräte seien und wieviel Dezibel (dB) die bringen. Er befürchtet, dass die Geräte nach kurzer Zeit irgendwann in der Ecke stehen werden und ausgeschaltet seien, weil diese so laut sein werden, dass sie den Unterricht stören.

Mehrere Kreisräte bringen gleichzeitig Vergleiche wie 38 dB, wie ein Kühlschrank, wie eine halbe Motorsäge.

Kreisrat Gradl schlägt die Anschaffung für nur ein paar Klassenzimmer vor, damit man sehe, welches Gerät das bessere, bzw. leisere oder auch wirkungsvollere sei.

Auf Bitten des Vorsitzenden erklärt Herr Mederer, die Lautstärke von kleinen Kompaktgeräten, welche man bisher beschafft habe. Ein Problem sei gewesen, weil es bisher keinerlei technische Mindestanforderung gegeben habe. Man kaufte beispielsweise Geräte, bei denen der Hersteller sagte, diese würden für ca. 80 Quadratmeter ausreichen. Mit 59 und 60 dB seien diese durchgestartet. Deshalb habe man nun die 40 dB angesetzt. Man habe es so angesetzt, dass diese Geräte maximal 40 Dezibel (dB) bei Normalbedienug haben dürfen. Diese Lautstärke würde Unterricht durchaus noch zulassen. Diese kleinen Kompaktgeräte mit sechs Stufen, die bereits beschafft wurden, werden bei Stufe 4 bereits laut; diese Aussage sei treffend. Aus diesem Grund seien die Gerätschaften, welche man jetzt beschaffen möchte so groß. Je größer ein solches Gerät sei, umso leiser würden diese auch arbeiten.

Kreisrat Gradl fügt an, während des Vortrags von Herrn Mederer, ergab sich eine Messung zwischen 70 und 90 dB. Er findet das laut.

Kreisrätin Hollweck fügt an, man wisse noch gar nicht, wie sich die Geräte von den kleinen mobilen Geräten unterscheiden würden. Es sei dahingestellt, ob eine rechtzeitige Anschaffung gut sei. Für neue Schulen brauche man diese Geräte ja nicht, weil diese sowieso entsprechend ausgestattet seien.

Der Vorsitzende und Herr Mederer bestätigen, dass Schulen, welche neu gebaut seien, diese Geräte nicht brauchen werden. Herr Mederer betont, in allen Gebäuden, die seit 2010 abgearbeitet, generalsaniert oder neu gebaut werden, werden mechanische Lüftungsanlagen gem. Stand der Technik, eingebaut. Leider habe man aber noch einen Großteil der Schulen noch nicht komplett saniert und deshalb auch diese Gerätschaften noch nicht verbaut. Wenn man nun mit der Generalsanierung des Gymnasiums Parsberg schon fertig und nicht erst am Anfang wäre, hätte man bei dieser Anschaffung ca. 60 Geräte weniger. Es gehe hier nur um die Geräte für Schulen, in denen keine Zentrallüftungsanlagen bereits vorhanden seien.

Kreisrat Meier fragt Kreisrat Dr. Hundsdorfer nach der Nutzung der bereits beschafften Geräte. Er möchte die Resonanz der Lehrer wissen, ob diese die Geräte ein- oder ausschalten würden.

Kreisrat Dr. Hundsdorfer teilt mit, im Frühjahr seien drei große Geräte für nicht belüftbare Räume beschafft worden. Diese würden ununterbrochen laufen und kaum hörbar sein, bestätigt er. Mit dem Wechsel von Filtern habe man bislang noch keine Erfahrung. Für die Lehrer wurden damals über die zweite Förderung mit ca. 80 % Förderung mobile, kleine Geräte beschafft, die würden auch genutzt werden. Es gehe jetzt aber hier um mittlere Geräte, die lt. Kreisrat Dr. Hundsdorfer seinen großen Geräten entsprechen würden. Diese Geräte werden nicht ausgeschaltet und genutzt. Jetzt sei natürlich keine hohe Inzidenz und mit der Pandemie Ruhe. Aber man bereite sich auf den nächsten Winter vor und sei der Meinung, dass diese gebraucht werden. Die Frage werde kommen, ob man sich bemüht habe und tätig geworden sei. Es gehe natürlich um viel Geld, aber man könne und solle es sich leisten, um alles zu tun, die nächste Welle möglichst niedrig zu halten.

Kreisrat Gruber fragt nach dem Termin der Umsetzung und dem Terminplan der betreffenden Anlagen in diesem Beschluss.

Der Vorsitzende und Herr Mederer antworten mit 2022 seien die bautechnischen Möglichkeiten und die Zentralanlagen gemeint gewesen. Herr Mederer fügt an, man gehe davon aus, wenn man wie geplant im August noch bestelle, dass man die Geräte vollzählig noch im Laufe des Monats Dezember dieses Jahres bzw. dann im Januar haben werde; Stand jetziger Auskünfte von einigen Firmen. Die ersten 20 Geräte sollten binnen drei Wochen nach

Auftragseingang geliefert werden und dann jede Woche weitere 20 Geräte. Danach gelte es zu klären, welche Räume man zuerst ausstattet. Das Zahlenmaterial und die Studien, die es dazu gebe seien noch sehr dünn. Es scheint, laut letzter Stellungnahme des Bundesumweltamtes, dass diese Geräte einen gewissen Nutzen haben. Allerdings könne das keiner qualifizieren. Deshalb habe man sich dazu entschlossen hier eine offene Diskussion zu führen und keinen Beschlussvorschlag in diesem Sinne zu unterbreiten. Diese Anschaffung sei sozusagen eine öffentliche politische Diskussion.

Kreisrat Graml fragt nach, was dagegensprechen würde, wenn man möglichst schnell verschiedene Geräte anschaffe und diese testen würde.

Herr Mederer hält dagegen, dass der Zeitfaktor schon eine große Rolle spielen würde. Es vergingen Woche, wenn man jetzt ein paar verschiedene Geräte kaufe, diese teste und dann erst entscheiden müsse, welche letztendlich bestellt werden. Man geht auch davon aus, dass viele Landkreise und Kommunen, die jetzt in ihren Gremien noch Sitzungen haben oder sogar zu dieser Thematik Sondersitzungen einberufen, diese Gerätschaften in 100er oder 1000er Stückzahl bestellen werden. Es stelle sich die Frage, wenn man jetzt vier bis sechs Wochen teste und sich dann dazu entschließe, doch eine größere Anzahl zu beschaffen, ob man diese dann erst im nächsten Frühjahr bzw. Sommer bekommen werde.

Kreisrat Haas gibt Kreisrat Dr. Hundsdorfer Recht, dass eigentlich kein Weg daran vorbeiführe, diese Geräte jetzt zu bestellen und auch keine Testgeräte, weil andere auch bestellen werden und sich dann wiederum die Frage stelle, wann man diese bekommt. Man möchte die Geräte so schnell wie möglich. Kreisrat Haas bittet die Kolleg*innen im Ausschuss diesen Beschluss so anzunehmen, dass die Geräte jetzt bestellt werden.

Kreisrat Graml fragt nach, welche Geräte Kreisrat Haas meint.

Der Vorsitzende fasst zusammen, man müsse ausschreiben und sehen was der Wettbewerb bringe. Es gehe nicht um Modell A, B oder C. Die Mindestanforderungen müssen erfüllt sein. Wenn ein Gerät das nicht bieten kann, scheide es aus.

Herr Mederer fügt hinzu, wie der Landrat bereits ausgeführt hat, könne man nur Geräte ausschreiben, die die Mindestanforderungen erfüllen. Welche Geräte es dann letztendlich sein werden oder wer am wirtschaftlichsten anbiete, wisse man noch nicht. Es handle sich hier nur um zwei Beispiele. So in etwa würden die Geräte aussehen. Als einzige Wertungskriterium habe man sich einen Preis festgelegt. Alles andere, wie zum Beispiel Lieferzeiten, wären nur Spekulationen und würden den Markt noch mehr beengen.

Kreisrat Gruber kritisiert, es sei nun ein Kampf gegen die Zeit. Er möchte zudem wissen, wo man diese Geräte dann aufstelle. In welchen Schulen würden welche Geräte stehen?

Der Vorsitzende klärt auf, die Geräte werden in den Landkreisschulen aufgestellt.

Kreisrat Meier appelliert, man müsse an einen Strang ziehen. Einfach Geräte bestellen, wird nicht möglich sein. Entweder man sagt, man mache gar nichts, aber sicherer wäre es, diese Geräte anschaffen, damit man rechtlich auf der sicheren Seite sei. Sollten diese Geräte dann noch nicht alle da sein, könne man nicht dafür. Den Gemeinden gehe es genauso.

Der Wirtschafts-, Landwirtschafts- und Umweltausschuss des Landkreises Neumarkt i.d.OPf. spricht sich für die Beschaffung von 325 Luftreinigungsgeräten aus. Er ermächtigt den Landrat, die Auftragsvergabe an den wirtschaftlichsten Bieter vorzunehmen.

(10:2)

Die Vertreter der Presse und der stv. Landrat Müller verlassen die Sitzung um 16.55 Uhr.

B) Nichtöffentlicher Teil